

Öffentliche Bekanntgabe

der Feststellung des Ergebnisses der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bei dem folgenden Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 9 Abs. 1 Ziffer 2 in Verbindung mit § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, geprüft:

Vorhabenträger:

August Ernst GmbH & Co. KG, Moorburger Kirchdeich 60, 21079 Hamburg

Betroffenheit:

Bodenabbaugebiet Scharmbeck II, Winsen (Luhe) – Ortsteil Scharmbeck, Gemarkung Scharmbeck, Flur 11, Flurstücke 201 bis 208 und 211 bis 218

Gegenstand:

Verlängerung des Gültigkeitsdauer des Planfeststellungsbeschlusses vom 08.01.2007 zum Bodenabbau im Nassabbauverfahren im Bodenabbaugebiet Scharmbeck II.

Mit Schreiben vom 15.11.2021 hat die Firma August Ernst GmbH & Co. KG beim Landkreis Harburg beantragt, den gemäß Planfeststellungsbeschluss vom 08.01.2007 festgelegten Zeitraum zum Bodenabbau um weitere 15 Jahre, bis zum 31.01.2037, zu verlängern. Weitere Änderungen des planfestgestellten Abbaus sind nicht vorgesehen. Aufgrund der Planfeststellung aus 2007 findet in Scharmbeck II, östlich des Osterkamps, Sandabbau im Wesentlichen als Nassabbau statt. Laut Planfeststellungsbeschluss beläuft sich die abzubauen Bruttomenge inklusive Mutterboden auf 2.609.985 m³. Hiervon sind bisher lediglich 450.000 m³ abgebaut worden. Als Gründe werden die Marktsituation sowie der bisher parallele und nun einzustellende Abbau im Gebiet Scharmbeck I angeführt.

Nach Unterlagenanforderung legte der Vorhabenträger unter dem 19.09.2022 die nach § 7 Abs. 4 i.V.m. § 9 Abs. 4 und § 9 Abs. 1 Ziffer 2 UVPG zu erstellenden Screening-Unterlage zur UVP-Vorprüfung entsprechend Anlage 2 zum UVPG vor.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Sämtliche zu betrachtenden Schutzgüter werden durch das Vorhaben nicht betroffen beziehungsweise denkbare Einflüsse sind nicht erheblich. Es handelt sich um eine zeitliche Streckung des Bodenabbaus, ohne dass weitere Änderungen in der Art oder dem Umfang des Abbaus vorgenommen werden. Die wasserrechtliche Planfeststellung dient in der Regel einem Dauerzweck. Es ist jedoch mit dem Sinn und dem Zweck des Planfeststellungsrechts vereinbar, die Geltungsdauer des festgestellten Planes zu befristen. Von dieser Möglichkeit wurde Gebrauch gemacht (Nebenbestimmung Nr. 47 des Planfeststellungsbeschlusses vom 08.01.2007).

Die beantragte Verlängerung wird u.a. damit begründet, dass innerhalb des Bodenabbaugebietes noch Rohstoffe vorhanden sind, die abbauwürdig sind und daher zunächst abgebaut werden sollten, bevor zur Bedienung der Nachfrage am Markt nach entsprechenden Baumaterialien ggf. neue Abbaustätten erschlossen werden.

Das geplante Vorhaben ist konkret und prüfbar dargelegt worden. Der Bewertung des Vorhabenträgers, dass die beantragte Änderung der Maßnahme keine zusätzlichen

erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen oder sonstige erhebliche nachteiligen umweltrelevanten Auswirkungen hat, die eine UVP erforderlich machen würde, wird geteilt. Die Änderungen haben sowohl was die räumliche Lage, als auch die inhaltlichen Anforderungen betrifft keine negativen Effekte. Unter Bezugnahme auf die vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen können erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen offensichtlich ausgeschlossen werden.

Durch das geplante Vorhaben sind keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten.

Im Rahmen der Vorprüfung wurde daher festgestellt, dass für das beantragte Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Das Vorhaben kann nach Einschätzung des Landkreises Harburg als zuständiger Behörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien sowie der Standortgegebenheiten keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Die Unterlagen sind unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes beim Landkreis Harburg, Abteilung Boden/Luft/Wasser, Schloßplatz 6, 21423 Winsen (Luhe) zugänglich.

Winsen (Luhe), den 10.01.2023
Landkreis Harburg
Abteilung Boden/Luft/Wasser
i.A. Tschauder